

Wirtschaftslage Mittelstand in Österreich

■ Herbst 2024

Eine Untersuchung
der Creditreform
Wirtschaftsforschung

Creditreform 

INHALT

SEITE

1	Das Geschäftsklima im österreichischen Mittelstand	1
2	Das konjunkturelle Umfeld im Einzelnen	6
	2.1 Auftragseingänge	6
	2.2 Angebotspreise	9
	2.3 Umsatzentwicklung	12
	2.4 Personalsituation	15
	2.5 Investitionen	18
3	Die Finanzierung des Mittelstandes	21
	3.1 Erträge	21
	3.2 Eigenkapitalsituation	23
	3.3 Insolvenzen im Mittelstand	25
	3.4 Zahlungsweise der Kunden	27
4	Sonderthema: Aktuelle Wirtschaftspolitik	29
5	Zusammenfassung	30
6	Basis der Untersuchung	34

■ 1 Das Geschäftsklima im österreichischen Mittelstand

Die erhoffte Konjunkturwende verzögert sich. Nach dem Rezessionsjahr 2023, in dem Österreichs Wirtschaftsleistung um 1,0 Prozent schrumpfte, bleibt die Wirtschaft auch 2024 in der Krise. Die Rezession setzt sich fort und erweist sich nicht, wie zu Jahresbeginn noch angenommen, als kurze Episode. Ein wesentlicher Problemfaktor ist die schlechte Verbraucherstimmung. Trotz sinkender Inflation und steigender Reallöhne agieren die Konsumenten weiterhin zurückhaltend, was den Konsum als Wachstumstreiber ausbremst. Verstärkt wird die negative Stimmung durch eine steigende Arbeitslosigkeit, da die Krise bereits weite Teile der Wirtschaft erfasst hat. In der Industrie wird ein Rückgang der Wertschöpfung erwartet, da die Unternehmen mit sinkenden Exportzahlen zu kämpfen haben. Auch die Bauwirtschaft leidet weiterhin unter hohen Zinsen und Kostensteigerungen. Aufgrund der anhaltenden Konjunkturschwäche schränken viele Unternehmen ihre Investitionen ein. Der Wachstumsmotor Österreichs stottert derzeit und wird voraussichtlich erst im nächsten Jahr wieder Fahrt aufnehmen.

Wirtschaftskrise setzt sich fort

Hat sich die Wirtschaftslage bei den mittelständischen Unternehmen ähnlich schwach entwickelt? Und ist die Hoffnung auf eine baldige Konjunkturwende berechtigt?

Stimmung weiter sehr trüb

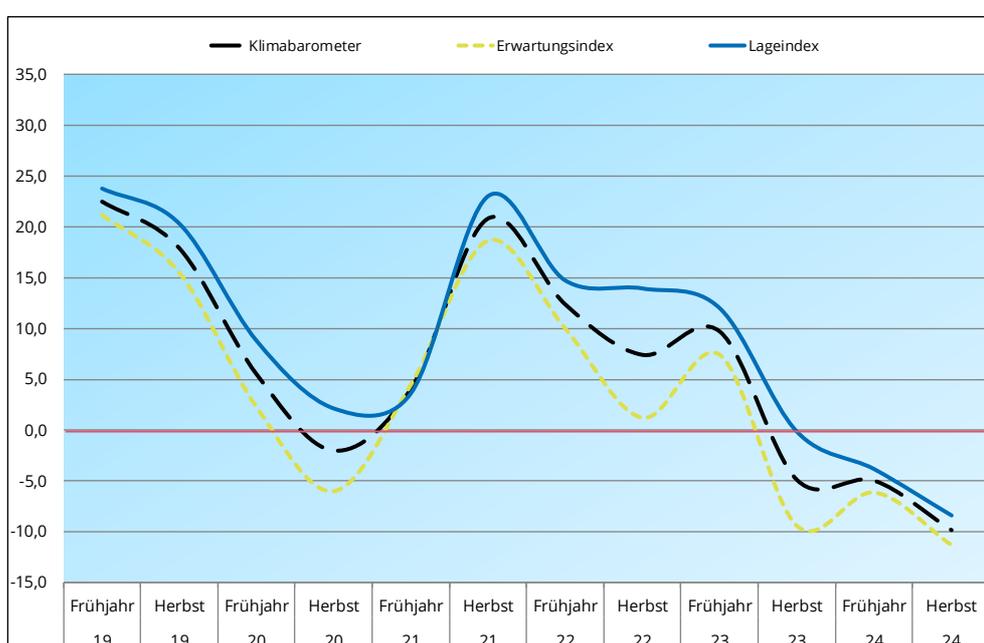
Die Antworten der Unternehmen fallen enttäuschend aus. Laut den Umfragedaten der Creditreform Wirtschaftsforschung hat sich die Stimmung weiter eingetrübt. Das Creditreform Klimabarometer für die mittelständische Wirtschaft rutschte im Herbst 2024 noch tiefer in den negativen Bereich. Ein Minuswert von 9,9 Punkten signalisiert eine weitere Verschlechterung der Geschäftslage im Vergleich zum Vorjahr, als das Barometer bereits bei minus 4,9 Punkten lag.

Tab. 1: Creditreform Klimabarometer¹

	Klimabarometer		
	Herbst 2024	Frühjahr 2024	Herbst 2023
Verarb. Gewerbe	- 15,3	- 10,4	- 1,2
Baugewerbe	- 7,3	- 1,9	- 4,5
Handel	- 15,3	- 8,7	- 8,6
Dienstleistungen	- 1,6	0,1	- 4,3
Gesamt	- 9,9	- 5,0	- 4,9

Angaben in Indexpunkten

Klimabarometer Gesamtwirtschaft



Wie bereits im Vorjahr befindet sich das Konjunkturbarometer für alle vier Hauptwirtschaftsbereiche weiterhin im negativen Bereich (vgl. Tab. 1). Besonders im Verarbeitenden Gewerbe hat sich die Stimmungslage im Vergleich zum Vorjahr deutlich verschlechtert. Der Konjunkturindex für diesen Sektor fiel auf minus 15,3 Punkte, nachdem er im Vorjahr noch bei minus 1,2 Punkten lag. Die ungünstigen

¹ Das Creditreform Klimabarometer basiert auf einer Umfrage unter mittelständischen Betrieben in Österreich. Der Index setzt sich zusammen aus den Einschätzungen der Befragten zum eigenen Betrieb, zur eigenen Branche sowie zur konjunkturellen Lage allgemein. Dabei fließen in die Gesamtbewertung des Konjunkturklimas sowohl die Äußerungen zur aktuellen Lage als auch zur zukünftigen Entwicklung ein. Aus den positiven und negativen Antworten werden jeweils Salden gebildet, die wiederum die Berechnungsgrundlage für den Gesamtindex bilden. Das Klimabarometer zielt in erster Linie auf die Stimmung im Mittelstand ab. Dagegen wird in Abschnitt 2 gezielt auf die Entwicklung von Umsatzzahlen, Auftragsengängen und der Personalsituation eingegangen.

konjunkturellen Rahmenbedingungen auf den europäischen Absatzmärkten belasten die Unternehmen der Sachgütererzeugung erheblich.

Auch im Handel hat sich die Geschäftslage weiter verschlechtert. Das Konjunkturbarometer sank auf minus 15,3 Punkte (Vorjahr: minus 8,6 Punkte). Die anhaltende Wachstumsschwäche und das schlechte Konsumklima setzen der Branche spürbar zu.

Die Baukonjunktur bleibt ebenfalls schwach. Die Nachfrage nach Bauleistungen wird durch steigende Kosten und unsichere Wirtschaftsaussichten gedämpft. Das Klimabarometer für diesen Bereich verharrt mit minus 7,3 Punkten ebenfalls im negativen Bereich (Vorjahr: minus 4,5 Punkte).

Eine leichte Verbesserung ist hingegen im Dienstleistungssektor zu verzeichnen. Nach einer deutlichen Eintrübung im Vorjahr hat sich das Geschäftsklima etwas erholt. Mit minus 1,6 Punkten nähert sich das Klimabarometer langsam der Neutralität an (Vorjahr: minus 4,3 Punkte), zeigt aber weiterhin eine ungünstige Wirtschaftslage an.

Tab. 2: Lageindex

	Lageindex		
	Herbst 2024	Frühjahr 2024	Herbst 2023
Verarb. Gewerbe	- 13,6	- 11,4	2,9
Baugewerbe	- 5,2	2,7	4,9
Handel	- 14,6	- 8,0	- 4,7
Dienstleistungen	0,0	1,0	- 0,8
Gesamt	- 8,4	- 3,9	- 0,2

Angaben in Indexpunkten

Der Blick auf die aktuelle Lage im Mittelstand (vgl. Tab. 2) verdeutlicht, wie schlecht die Stimmung in den Unternehmen derzeit ist. Nach einer nahezu neutralen Bewertung im Vorjahr (Lageindex Herbst 2023: minus 0,2 Punkte) sind die Einschätzungen der Unternehmen in diesem Jahr deutlich negativer ausgefallen. Der Lageindex fiel dementsprechend auf minus 8,4 Punkte.

Im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe, wo im Vorjahr noch positive Bewertungen verzeichnet wurden, ist die Stimmungslage nun gekippt. Der Lageindex für das Verarbeitende Gewerbe sank drastisch auf minus 13,6 Punkte (Vorjahr: plus 2,9 Punkte). Einen ähnlichen Rückgang verzeichnete das Baugewerbe, wo der Lageindex innerhalb eines Jahres von plus 4,9 auf minus 5,2 Punkte fiel. Auch im Handel überwiegen weiterhin die negativen Einschätzungen. Mit einem Lageindex von minus 14,6 Punkten hat sich die Geschäftslage weiter verschlechtert und es besteht kaum Hoffnung auf eine baldige Besserung.

Im Dienstleistungssektor halten sich positive und negative Lageeinschätzungen diesmal die Waage, so dass hier im Vergleich zum Vorjahr keine weitere Verschlechterung der Geschäftslage zu verzeichnen ist. Allerdings hatte der Lageindex des Dienstleistungsgewerbes im Herbst 2023 noch deutlich an Wert verloren und dieser Rückgang ist noch nicht vollständig ausgeglichen.

Tab. 3: Erwartungsindex

	Erwartungsindex		
	Herbst 2024	Frühjahr 2024	Herbst 2023
Verarb. Gewerbe	- 17,0	- 9,4	- 5,1
Baugewerbe	- 9,4	- 6,2	- 13,0
Handel	- 15,9	- 9,3	- 12,2
Dienstleistungen	- 3,1	- 0,6	- 7,7
Gesamt	- 11,3	- 6,1	- 9,4

Angaben in Indexpunkten

Geschäftserwartungen im Mittelstand pessimistisch

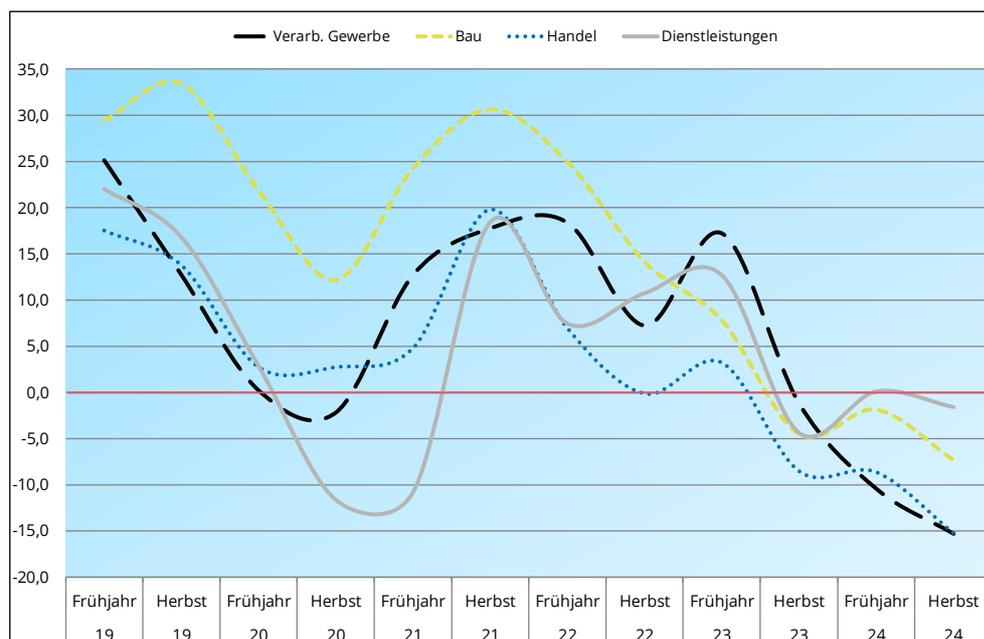
Den Geschäftserwartungen der mittelständischen Unternehmen zufolge ist die Rezession noch längst nicht überwunden. Die weitere Konjunktorentwicklung wird von den meisten Unternehmen überwiegend pessimistisch eingeschätzt. Der Index der Geschäftserwartungen hat sich sogar weiter verschlechtert und liegt nun bei minus 11,3 Punkten (Vorjahr: minus 9,4 Punkte).

In allen vier Wirtschaftssektoren überwiegt derzeit der Pessimismus, wobei dieser unterschiedlich stark

ausgeprägt ist. Im Verarbeitenden Gewerbe haben sich die Geschäftsaussichten weiter eingetrübt. Der Erwartungsindex sank auf minus 17,0 Punkte, nachdem er im Vorjahr noch bei minus 5,1 Punkten lag. Auch im Handel verschlechterten sich die Erwartungen. Der Erwartungsindex fiel auf minus 15,9 Punkte.

Im Baugewerbe steht der Erwartungsindex zwar nicht mehr so tief im negativen Bereich, doch ein Wert von minus 9,4 Punkten lässt auch für die kommenden Monate keine nennenswerte Verbesserung erwarten. Im Dienstleistungssektor bleibt die Stimmung ebenfalls überwiegend pessimistisch, jedoch zeigt sich eine leichte Erholung. Der Index steht hier nun bei minus 3,1 Punkten (Vorjahr: minus 7,7 Punkte).

Klimabarometer Hauptwirtschaftsbereiche



Insgesamt lässt sich das Geschäftsklima im Mittelstand in allen vier Hauptwirtschaftsbereichen als schlecht einstufen (siehe Abb.). Mehr noch: Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Situation der Unternehmen fast überall weiter verschlechtert. Besonders das Verarbeitende Gewerbe und der Handel verzeichnen einen deutlichen Rückgang. Einzig das Dienstleistungsgewerbe bietet dem Mittelstand derzeit etwas Stabilität. Besorgniserregend ist, dass die

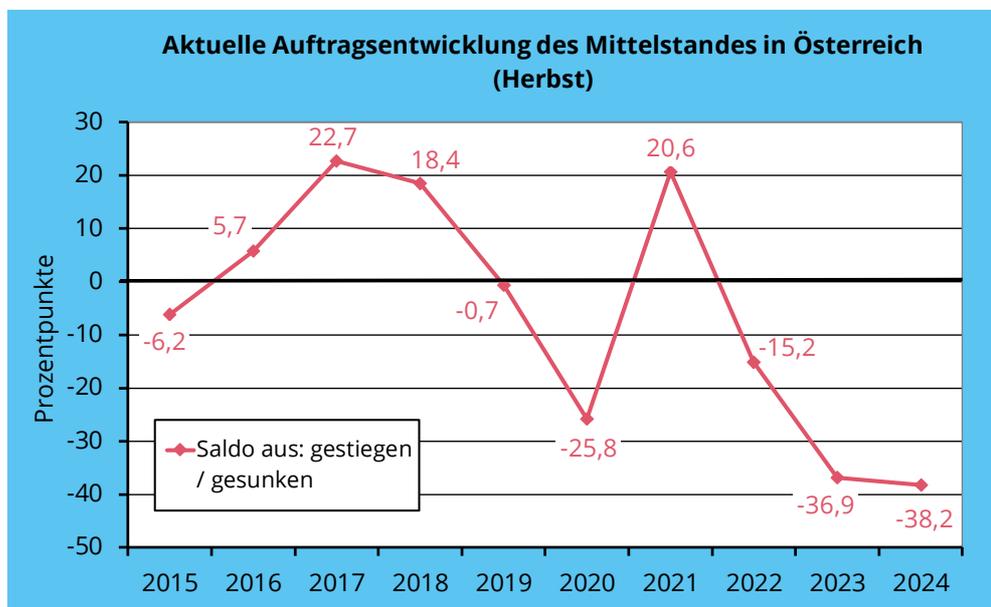
Werte aller Wirtschaftsbereiche beim Klimabarometer gleichzeitig unter der Nulllinie liegen – ein Szenario, das zuletzt während der Weltfinanzkrise 2009 beobachtet wurde.

■ 2 Das konjunkturelle Umfeld im Einzelnen

2.1 Auftragseingänge

Auftragslage im Keller

Die Auftragseingänge im Mittelstand spiegeln die aktuell schwache Konjunktorentwicklung. Überwiegend berichteten die befragten Unternehmen von Auftragsrückgängen. So verzeichnete erneut jeder zweite Befragte (49,2 Prozent) einen Rückgang bei den Aufträgen. Gleichzeitig erzielten nur 11,0 Prozent – also etwa jeder neunte Befragte – ein Auftragsplus (Vorjahr: 12,4 Prozent). Der Saldo aus gestiegenen und gesunkenen Auftragseingängen bleibt damit tief im negativen Bereich bei minus 38,2 Punkten. Bereits im Vorjahr war der Saldo mit minus 36,9 Punkten auf ein 20-Jahres-Tief gefallen. Die Rezession scheint tiefer und langanhaltender zu sein als erwartet und hat inzwischen die gesamte Breite der Wirtschaft erfasst.



Im Handel überwiegt erneut der Anteil der Unternehmen mit Auftragsseinbußen. Mehr als die Hälfte der Befragten (54,2 Prozent) war betroffen und der Anteil dieser negativen Rückmeldungen bleibt überdurch-

schnittlich hoch. Nur 7,6 Prozent der Händler meldeten hingegen ein Auftragsplus. Auch im Baugewerbe kam es mehrheitlich zu Rückgängen bei den Aufträgen: 50,7 Prozent der Befragten verzeichneten hier gesunkene Auftragsbestände – ein Anteil, der nur geringfügig unter dem Vorjahreswert in Höhe von 54,4 Prozent liegt. Auftragssteigerungen konnten in diesem Bereich 9,3 Prozent der Befragten verbuchen (Vorjahr: 7,5 Prozent).

Im Verarbeitenden Gewerbe war der Anteil der Unternehmen mit Auftragsrückgängen im Vergleich zum Vorjahr deutlich höher – er stieg von 43,8 auf 51,5 Prozent. Meldungen über ein Auftragsplus wurden hingegen seltener – nur 10,7 Prozent der Befragten berichteten von gestiegenen Aufträgen (Vorjahr: 20,8 Prozent). Im Dienstleistungssektor meldeten immerhin 15,6 Prozent der Befragten gestiegene Auftragseingänge (Vorjahr: 13,3 Prozent). Dennoch überwiegt auch hier der Anteil der Unternehmen mit gesunkenen Aufträgen (41,4 Prozent).

Tab. 4: Auftragseingänge

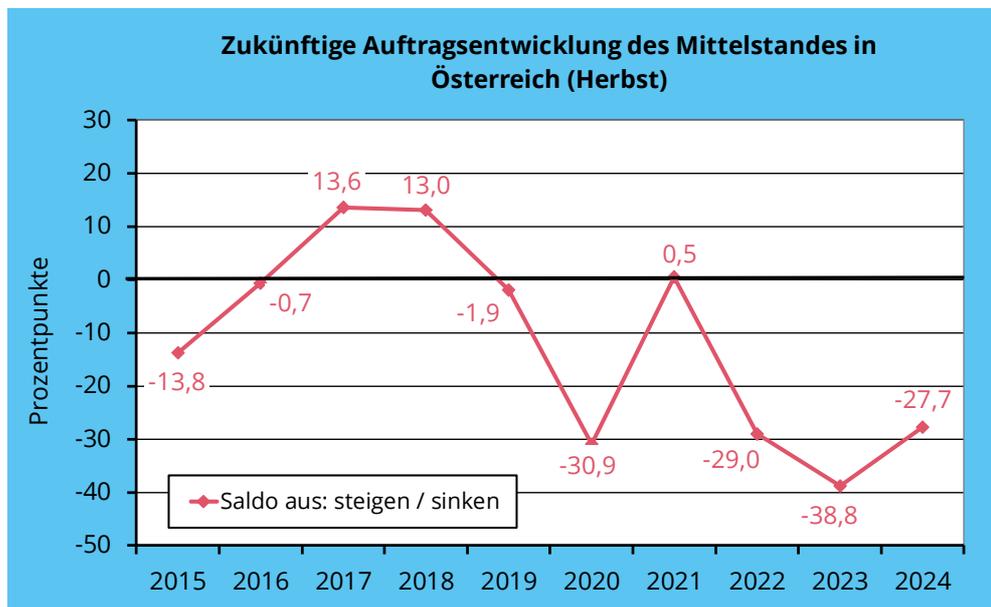
■	gestiegen	stabil	gesunken
Verarb. Gewerbe	10,7 (20,8)	35,0 (34,4)	51,5 (43,8)
Baugewerbe	9,3 (7,5)	37,3 (35,4)	50,7 (54,4)
Handel	7,6 (8,3)	35,9 (28,6)	54,2 (60,2)
Dienstleistungen	15,6 (13,3)	39,1 (41,3)	41,4 (40,7)
Gesamt	11,0 (12,4)	36,8 (35,2)	49,2 (49,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Die Rezession scheint ihren Tiefpunkt erreicht zu haben. Die künftige Auftragslage wird von den befragten Unternehmen nicht mehr so pessimistisch eingeschätzt wie zuvor (vgl. Abb.), allerdings bleiben die Auftragserwartungen im Mittelstand überwiegend negativ. 36,6 Prozent der Befragten gehen von einem Rückgang der Auftragseingänge aus (Vorjahr: 46,7 Prozent). Nur ein kleiner Teil der Unternehmen (8,9 Prozent) erwartet zukünftig einen Anstieg der Aufträge. Der Saldo aus positiven und negativen Auftragserwartungen liegt weiterhin im Minusbereich

Wann ist die Talsohle erreicht?

(minus 27,7 Punkte), hat sich jedoch vom Tiefstand des Vorjahres (minus 38,8 Punkte) erholt.



Obwohl sich die Stimmungslage der Unternehmen langsam aufhellt, wurde die künftige Auftragslage in allen Wirtschaftsbereichen weiterhin pessimistisch beurteilt. Besonders im Baugewerbe herrscht kaum Optimismus: Lediglich 1,3 Prozent der Befragten rechnen hier mit einem Auftragsplus, während mehr als die Hälfte (54,7 Prozent) sinkende Auftragseingänge erwartet. Auch im Verarbeitenden Gewerbe hat sich der Anteil der Optimisten auf 9,7 Prozent verringert. Gleichzeitig rechnen 35,0 Prozent der Unternehmen mit einem Rückgang der Aufträge (Vorjahr: 45,8 Prozent).

Im Handel zeigt sich eine leichte Verbesserung: 9,9 Prozent der Befragten erwarten im nächsten halben Jahr eine verbesserte Auftragslage – im Vorjahr waren es noch 7,5 Prozent. Auch im Dienstleistungssektor blicken mehr Unternehmen optimistisch in die Zukunft. 11,7 Prozent rechnen hier mit steigenden Auftragseingängen (Vorjahr: 9,3 Prozent). Gleichzeitig sank der Anteil der Unternehmen, die die Auftragslage pessimistisch einschätzen, von 38,7 auf 27,3 Prozent. Auch im Handel ging der Anteil der Pessimisten zurück – von 46,6 auf 36,6 Prozent –, bleibt jedoch weiterhin dominant.

Tab. 5: Auftragserwartungen

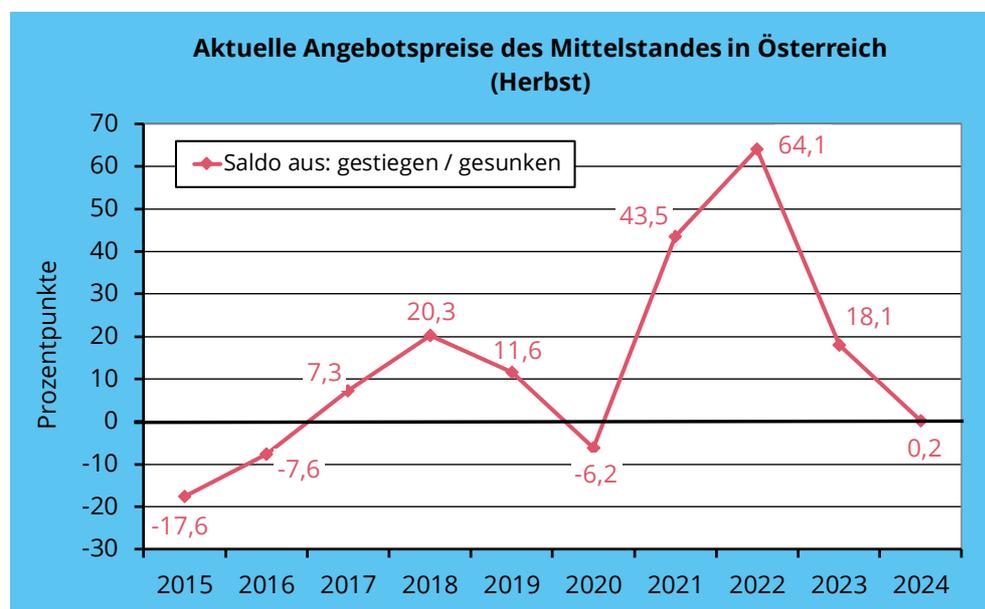
■	steigen	stabil bleiben	sinken
Verarb. Gewerbe	9,7 (10,4)	47,6 (40,6)	35,0 (45,8)
Baugewerbe	1,3 (2,5)	36,0 (30,4)	54,7 (63,3)
Handel	9,9 (7,5)	46,6 (42,9)	36,6 (46,6)
Dienstleistungen	11,7 (9,3)	54,7 (48,0)	27,3 (38,7)
Gesamt	8,9 (7,9)	47,4 (41,9)	36,6 (46,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

2.2 Angebotspreise

Erstmals seit vier Jahren sind die Angebotspreise im Mittelstand nicht weiter gestiegen. Der Saldo aus gestiegenen und gesunkenen Preisen befindet sich diesmal im neutralen Bereich (plus 0,2 Punkte), nachdem die Preise im Vorjahr überwiegend erhöht wurden (Saldo: plus 18,1 Punkte). 22,4 Prozent der befragten Unternehmen (Vorjahr: 35,8 Prozent) haben ihre Preise erneut angehoben, während 22,2 Prozent der Befragten die Angebotspreise gesenkt haben (Vorjahr: 17,7 Prozent).

Abflauende Inflation zeigt Wirkung



In den letzten Monaten gab es vermehrt Preiserhöhungen im Dienstleistungssektor (32,0 Prozent der Befragten) und im Handel (22,9 Prozent). Im Baugewerbe hingegen wurden nur noch selten Preiserhöhungen vorgenommen: Lediglich 12,0 Prozent der

befragten Unternehmen haben hier ihre Preise angehoben. Im Vorjahr hatte noch fast jedes dritte Bauunternehmen Preiserhöhungen durchgeführt (31,6 Prozent). Auch im Verarbeitenden Gewerbe wurden Preissteigerungen aktuell seltener vorgenommen als im Vorjahr. Stattdessen hat jedes vierte Unternehmen (25,2 Prozent) die Preise gesenkt. Ein ähnlicher Trend zeigt sich im Baugewerbe, wo 28,0 Prozent der Befragten ihre Preise reduzierten und im Handel, wo 26,0 Prozent der Unternehmen Preissenkungen vorgenommen haben.

Tab. 6: Angebotspreise

■	gestiegen	gleich	gesunken
Verarb. Gewerbe	17,5 (31,3)	50,5 (40,6)	25,2 (24,0)
Baugewerbe	12,0 (31,6)	54,7 (45,6)	28,0 (19,0)
Handel	22,9 (38,3)	47,3 (34,6)	26,0 (19,5)
Dienstleistungen	32,0 (38,7)	45,3 (43,3)	12,5 (11,3)
Gesamt	22,4 (35,8)	48,7 (40,6)	22,2 (17,7)

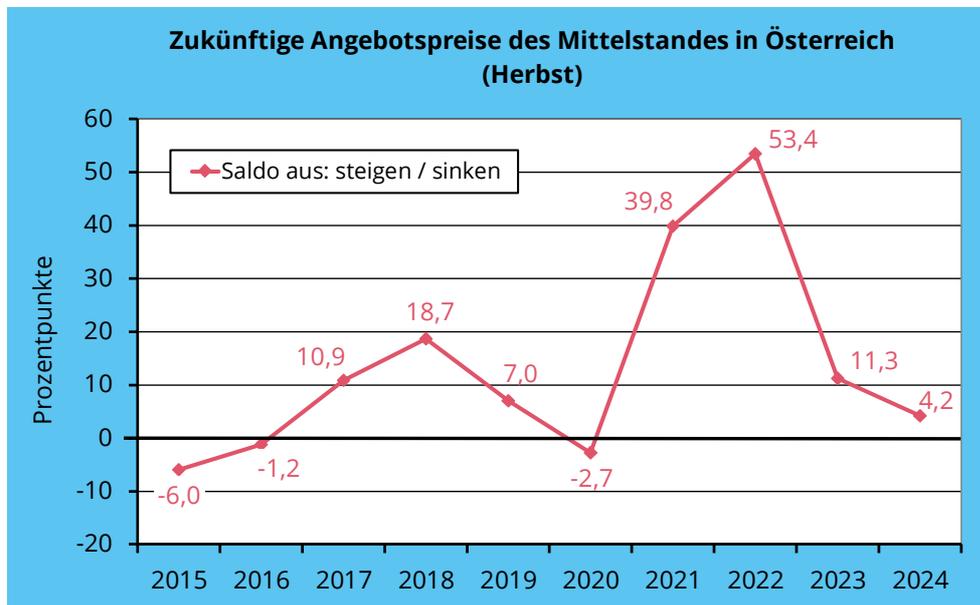
Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Preise dürften kaum noch steigen

Für die kommenden Monate erwarten die Unternehmen keine drastischen Preisänderungen. Die Preissituation im Mittelstand wird sich voraussichtlich abhängig von der weiteren konjunkturellen Entwicklung verändern. Angesichts einer spürbar nachlassenden Inflation wird die Europäische Zentralbank (EZB) vermutlich die Leitzinsen weiter senken, um die schwächelnde Konjunktur zu beleben. Dies könnte die Kostenseite der Unternehmen entlasten. Gleichzeitig verzeichnen die Unternehmen jedoch auch steigende Ausgaben, insbesondere beim Personal. Diese dürften teilweise auf die Angebotspreise umgelegt werden.

Der Saldo aus zukünftig steigenden und sinkenden Preisen deutet auf eine moderate Preisentwicklung hin. Mit plus 4,2 Punkten liegt der Wert deutlich unter den Höchstständen der Vorjahre. 19,5 Prozent der Unternehmen planen in den nächsten sechs Monaten Preiserhöhungen, während 15,3 Prozent sinkende Angebotspreise erwarten. Im Vorjahr hatten

noch deutlich mehr Unternehmen Preiserhöhungen angekündigt (31,0 Prozent der Befragten).



Tab. 7: Zukünftige Angebotspreise

■	steigen	gleich bleiben	sinken
Verarb. Gewerbe	12,6 (29,2)	61,2 (39,6)	20,4 (27,1)
Baugewerbe	13,3 (15,2)	61,3 (53,2)	14,7 (27,8)
Handel	19,1 (32,3)	56,5 (42,1)	16,8 (20,3)
Dienstleistungen	28,9 (39,3)	52,3 (46,7)	10,2 (10,0)
Gesamt	19,5 (31,0)	57,2 (45,0)	15,3 (19,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

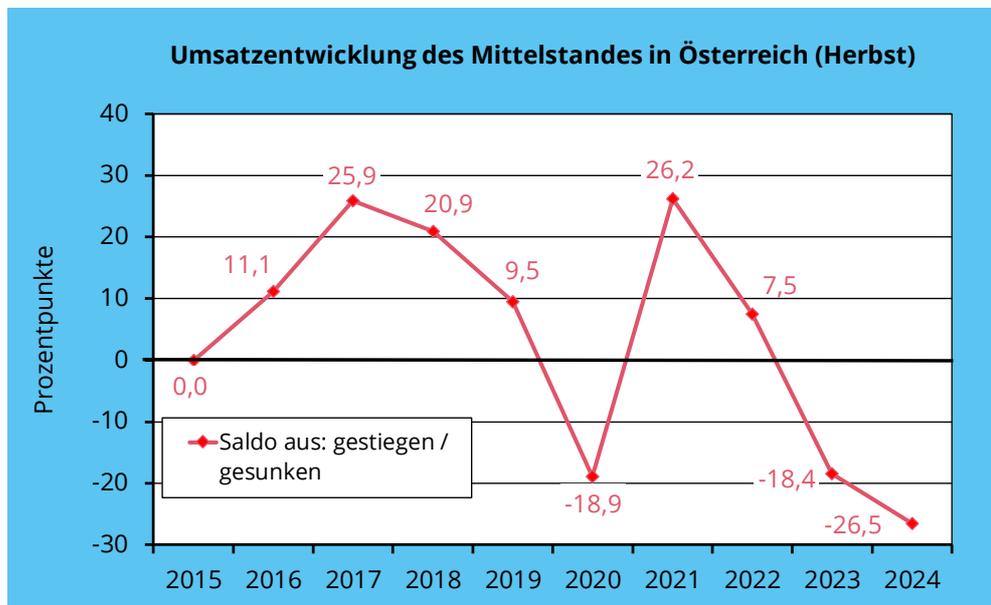
Im Verarbeitenden Gewerbe setzt sich der deutliche Abwärtstrend bei den Angebotspreisen fort. 20,4 Prozent der Befragten planen Preissenkungen, etwa um die Nachfrage zu steigern. Gleichzeitig beabsichtigen nur 12,6 Prozent Preiserhöhungen. Ein ähnliches Bild zeigt sich im Baugewerbe, wo 13,3 Prozent der Unternehmen Preiserhöhungen planen. Allerdings ist hier ebenfalls mit tendenziell sinkenden Preisen zu rechnen, auch wenn Preissenkungen weniger häufig vorgesehen sind als im Vorjahr. 14,7 Prozent der Baufirmen beabsichtigen zukünftig Preisadjustierungen nach unten.

Im Dienstleistungssektor sowie im Handel wird hingegen mit steigenden Preisen gerechnet. 28,9 Prozent der befragten Dienstleister erwarten Preiserhöhungen, wobei dieser Anteil hinter dem Vorjahreswert von 39,3 Prozent zurückbleibt. Nur 10,2 Prozent der Dienstleistungsunternehmen planen Preissenkungen. Im Handel will hingegen noch jedes sechste Unternehmen (16,8 Prozent) die Preise senken.

2.3 Umsatzentwicklung

Die Umsatzentwicklung der letzten Monate zeigt deutliche Anzeichen der Konjunkturflaute. Fast jeder zweite österreichische Mittelständler (43,2 Prozent) verzeichnet Umsatzrückgänge. Bereits im Vorjahr war dieser Wert mit 38,9 Prozent alarmierend hoch. Gleichzeitig meldeten lediglich 16,7 Prozent der Befragten ein Umsatzplus, was nochmals unter dem Vorjahreswert von 20,5 Prozent liegt. Der Saldo aus gestiegenen und gesunkenen Umsätzen fiel dadurch weiter in den negativen Bereich und erreichte mit minus 26,5 Punkten den schlechtesten Stand seit rund 25 Jahren.

Wirtschaftsflaute reißt Umsätze nach unten



Im Handel waren überdurchschnittlich häufig Umsatzrückgänge zu verzeichnen. Knapp die Hälfte der Befragten (48,9 Prozent) war hier betroffen, was genau dem Vorjahreswert entspricht. Ein Umsatzplus erzielten lediglich 15,3 Prozent der Händler. Auch in

den übrigen Wirtschaftsbereichen nahm der Anteil der Unternehmen mit rückläufigen Umsätzen zu. Im Verarbeitenden Gewerbe stieg dieser Wert von 38,5 auf 45,6 Prozent, im Baugewerbe von 35,4 auf 44,0 Prozent. Nur wenige Unternehmen konnten in den letzten Monaten steigende Umsätze verbuchen: Im Verarbeitenden Gewerbe waren es nur 8,7 Prozent, während im Vorjahr hier noch 28,1 Prozent ein Umsatzplus erzielt hatten. Im Baugewerbe erreichten 13,3 Prozent der Unternehmen eine Umsatzsteigerung. Der Dienstleistungssektor schnitt besser ab: Hier verzeichneten 26,6 Prozent der Befragten steigende Umsätze. Dies zeigt, dass der Dienstleistungssektor derzeit einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der schwächelnden Konjunktur leistet.

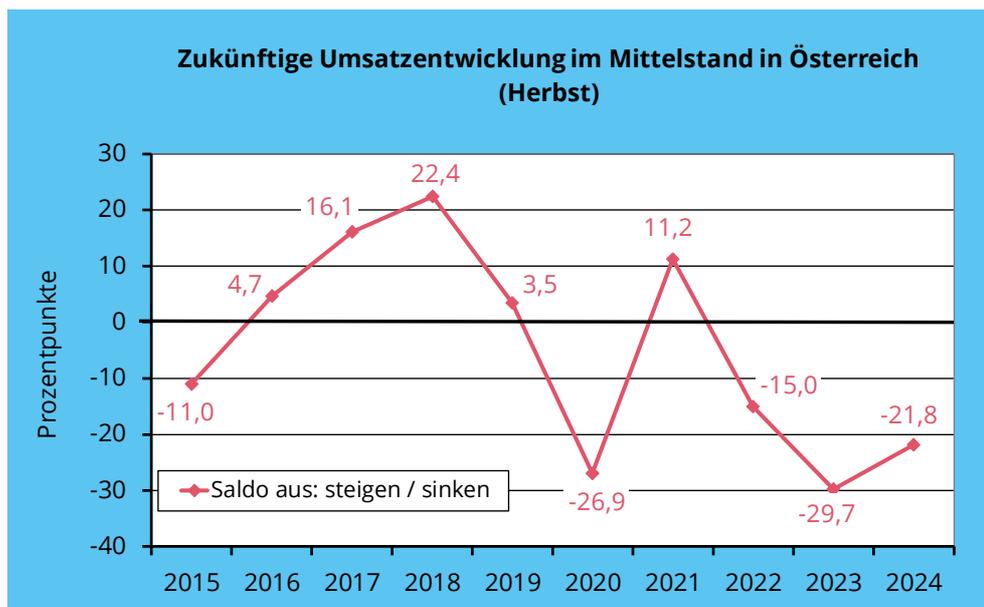
Tab. 8: Umsatzentwicklung

■	gestiegen	Gleich	gesunken
Verarb. Gewerbe	8,7 (28,1)	37,9 (31,3)	45,6 (38,5)
Baugewerbe	13,3 (13,9)	40,0 (45,6)	44,0 (35,4)
Handel	15,3 (15,8)	32,1 (31,6)	48,9 (48,9)
Dienstleistungen	26,6 (23,3)	33,6 (37,3)	35,2 (32,0)
Gesamt	16,7 (20,5)	35,2 (35,8)	43,2 (38,9)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Der Mittelstand blickt weiterhin mehrheitlich pessimistisch in die Zukunft. Nur jeder siebte Befragte (14,6 Prozent) erwartet im nächsten Halbjahr ein Umsatzplus, was nahezu dem Vorjahreswert von 14,8 Prozent entspricht. Zwar ist der Anteil der Unternehmen, die mit Umsatzrückgängen rechnen, von 44,5 Prozent im Vorjahr auf aktuell 36,4 Prozent gesunken, dennoch bleibt der Saldo aus steigenden und sinkenden Umsatzerwartungen mit minus 21,8 Punkten weiterhin im negativen Bereich und signalisiert eine anhaltend schwierige Umsatzlage (vgl. Abb.). Die Konjunkturkrise scheint damit noch nicht überwunden und dürfte voraussichtlich bis 2025 andauern.

Krise endet frühestens im kommenden Jahr



Die Bauwirtschaft beurteilte die Umsatzentwicklung in den kommenden sechs Monaten überdurchschnittlich pessimistisch. Knapp die Hälfte der Befragten (45,3 Prozent) rechnet hier mit Umsatzrückgängen, während weniger als jeder zehnte Befragte (9,3 Prozent) optimistisch ist und ein Umsatzplus erwartet. Zwar hat sich die Stimmung im mittelständischen Baugewerbe im Vergleich zum Vorjahr leicht aufgehellt, dennoch bleibt die Einschätzung der Umsatzentwicklung insgesamt pessimistisch.

Tab. 9: Umsatzerwartungen

■	steigen	bleiben stabil	sinken
Verarb. Gewerbe	13,6 (14,6)	42,7 (42,7)	36,9 (38,5)
Baugewerbe	9,3 (5,1)	37,3 (26,6)	45,3 (65,8)
Handel	15,3 (14,3)	37,4 (36,1)	38,2 (48,1)
Dienstleistungen	18,0 (20,7)	45,3 (41,3)	28,9 (34,0)
Gesamt	14,6 (14,8)	41,0 (37,6)	36,4 (44,5)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Ähnlich sieht es im Handel aus: 38,2 Prozent der Befragten erwarten hier einen weiteren Umsatzrückgang. Im Vergleich zum Vorjahr, als 48,1 Prozent ein Minus prognostizierten, ist die Zurückhaltung der Händler aber etwas gesunken. Dennoch rechnet nur eine geringe Anzahl von 15,3 Prozent der Befragten mit einer Verbesserung im nächsten Halbjahr.

Im Dienstleistungsgewerbe sieht es ebenfalls düster aus: Nur 18,0 Prozent der Befragten erwarten in den nächsten sechs Monaten ein Umsatzplus (Vorjahr: 20,7 Prozent). Der Anteil der pessimistischen Umsatzerwartungen überwiegt auch hier, da 28,9 Prozent mit einem Minus rechnen (Vorjahr: 34,0 Prozent). Das Verarbeitende Gewerbe beurteilt die zukünftige Umsatzentwicklung ähnlich negativ wie im Vorjahr, während sich die Prognosen in den anderen Wirtschaftsbereichen immerhin etwas mehr aufgeheitert haben.

2.4 Personalsituation

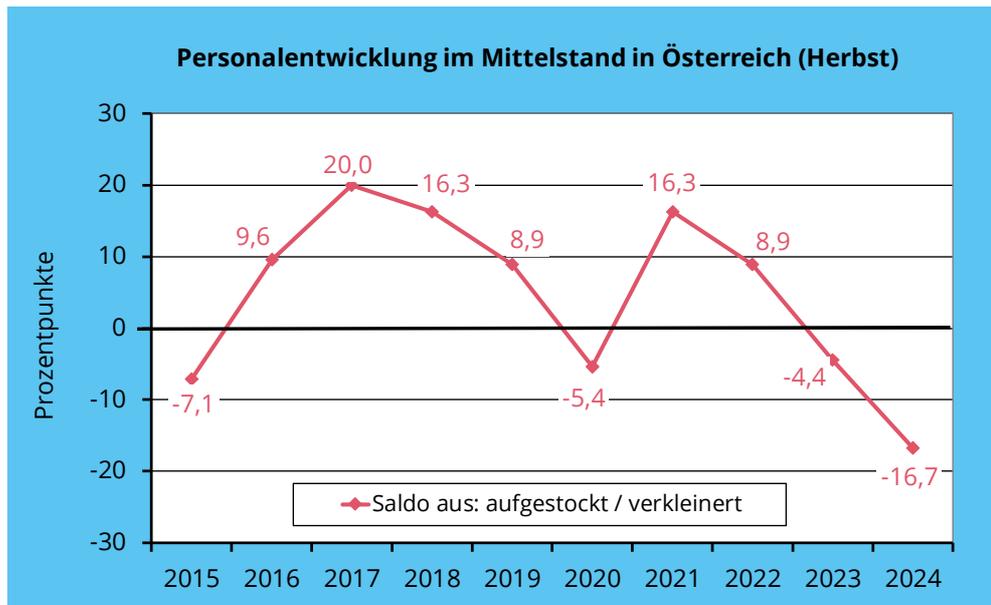
Der Personalabbau im Mittelstand hat sich in den vergangenen Monaten fortgesetzt und sogar beschleunigt. 28,6 Prozent der befragten Unternehmen meldeten eine verkleinerte Belegschaft, während nur knapp jeder achte Befragte (11,9 Prozent) zuletzt Personal aufgestockt hat. Im Vorjahr lag dieser Anteil noch bei 16,8 Prozent. Damit bleibt der Saldo aus positiven und negativen Beschäftigungsmeldungen das zweite Jahr in Folge im negativen Bereich (minus 16,7 Punkte). Erste Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sind bereits sichtbar: Im September stieg die Zahl der arbeitslosen Personen im Vergleich zum Vorjahresmonat um rund 11 Prozent, wie der österreichische Arbeitsmarktservice (AMS) berichtete.

Personalabbau beschleunigt sich

Tab. 10: Personalbestand

■	aufgestockt	unverändert	verkleinert
Verarb. Gewerbe	11,7 (24,0)	43,7 (54,2)	35,9 (20,8)
Baugewerbe	12,0 (11,4)	50,7 (58,2)	33,3 (27,8)
Handel	9,2 (16,5)	65,6 (59,4)	22,9 (22,6)
Dienstleistungen	14,8 (15,3)	57,0 (64,7)	25,8 (16,7)
Gesamt	11,9 (16,8)	55,4 (59,8)	28,6 (21,2)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben



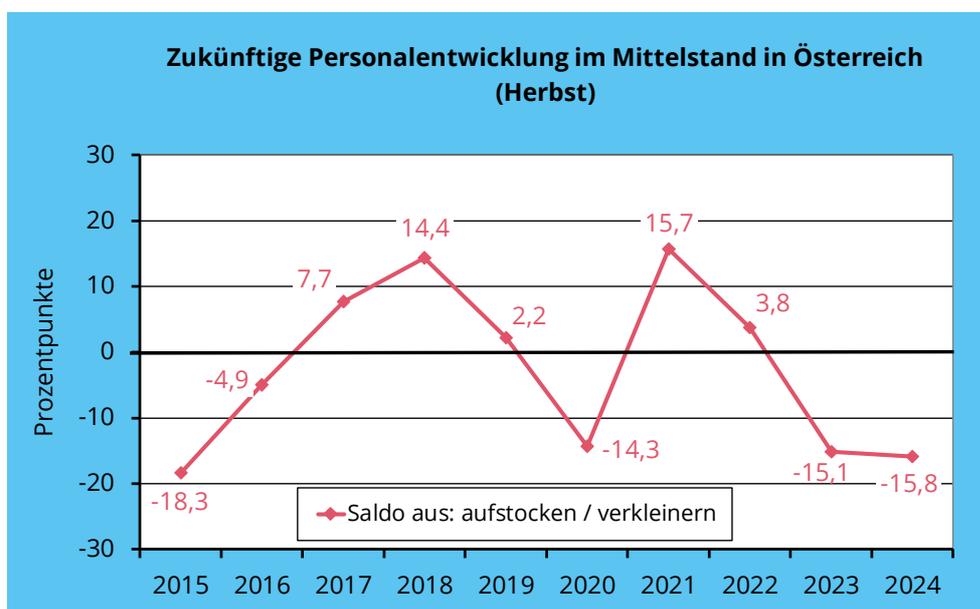
Der Personalabbau vollzieht sich derzeit in allen Wirtschaftsbereichen, jedoch verzeichneten das Baugewerbe und das Verarbeitende Gewerbe besonders deutliche Einschnitte. In beiden Sektoren hat jeweils etwa ein Drittel der Unternehmen die Zahl der Mitarbeiter verringert. Nur wenige Unternehmen haben Personal aufgestockt: Im Baugewerbe waren es 12,0 Prozent, im Verarbeitenden Gewerbe 11,7 Prozent. Dieser Wert liegt im Verarbeitenden Gewerbe sogar deutlich unter dem Vorjahresniveau.

Im Dienstleistungsgewerbe hat jedes vierte Unternehmen (25,8 Prozent der Befragten) den Personalbestand reduziert (Vorjahr: 16,7 Prozent). 14,8 Prozent der Dienstleister hingegen haben Einstellungen vorgenommen (Vorjahr: 15,3 Prozent). Auch im Handel hat sich die Beschäftigung per Saldo verringert: 9,2 Prozent der Befragten meldeten einen gestiegenen Personalbestand (Vorjahr: 16,5 Prozent), während 22,9 Prozent der Händler die Belegschaft verkleinerten (Vorjahr: 22,6 Prozent).

Die Personalplanungen im Mittelstand bleiben weiterhin sehr zurückhaltend. Die schwachen Konjunkturprognosen für das laufende und kommende Jahr lassen in der Regel keine Kapazitätserweiterungen oder Neueinstellungen zu. Nur 8,7 Prozent der befragten Unternehmen planen, zukünftig ihren Personal-

Arbeitskräftenachfrage bleibt verhalten

bestand aufzustocken. Dieser Wert ist erneut niedriger als im Vorjahr (12,2 Prozent). Mit fast einem Viertel der Befragten (24,5 Prozent) überwiegt erneut der Anteil der Unternehmen, die einen Stellenabbau planen. Der Saldo der Personalplanungen bleibt somit deutlich im negativen Bereich (minus 15,8 Prozentpunkte). Dieser Wert spiegelt die Unsicherheit in den Führungsetagen der mittelständischen Wirtschaft. Ohne eine spürbare Belebung der Konjunktur dürfte die Nachfrage nach Arbeitskräften zumindest temporär verhalten bleiben.



Tab. 11: Personalentwicklung im nächsten Halbjahr

■	aufstocken	unverändert lassen	verkleinern
Verarb. Gewerbe	9,7 (16,7)	50,5 (50,0)	34,0 (33,3)
Baugewerbe	8,0 (7,6)	52,0 (53,2)	32,0 (38,0)
Handel	3,8 (7,5)	67,9 (72,2)	20,6 (18,8)
Dienstleistungen	13,3 (16,0)	62,5 (56,0)	16,4 (25,3)
Gesamt	8,7 (12,2)	59,5 (59,0)	24,5 (27,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Im Baugewerbe wird die Zahl der Beschäftigten auch im kommenden halben Jahr weiter zurückgehen. Knapp ein Drittel der Befragten (32,0 Prozent) rechnet mit einer Verkleinerung der Belegschaft, während nur 8,0 Prozent der Bauunternehmen planen, das Personal aufzustocken. Auch im Verarbeitenden

Unfreundliche Rahmenbedingungen

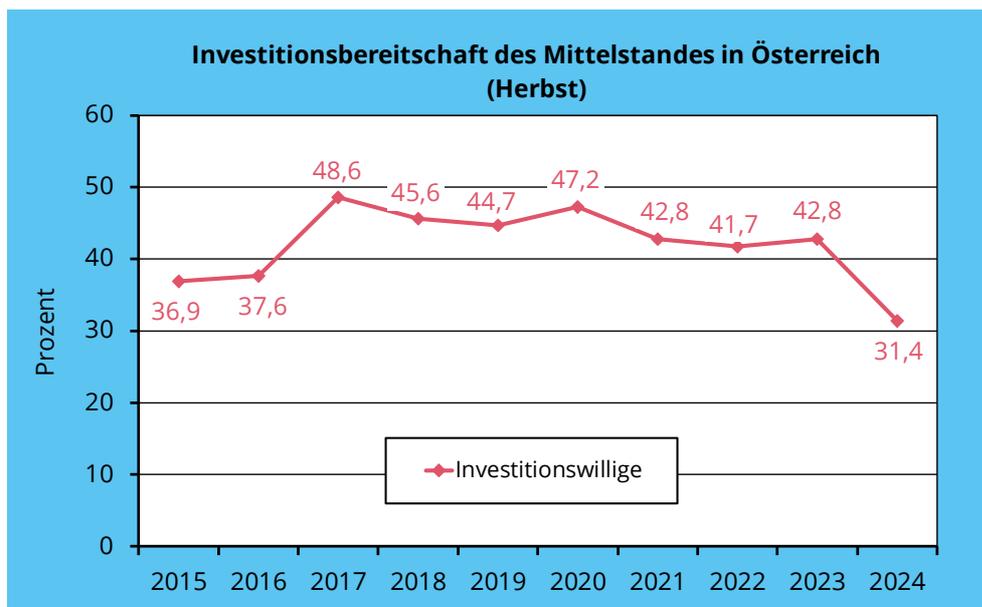
Gewerbe wird der Beschäftigungsrückgang voraussichtlich anhalten: Knapp ein Zehntel der Befragten (9,7 Prozent) plant eine Aufstockung, jedoch mehr als jeder Dritte (34,0 Prozent) einen Personalabbau. Neue Arbeitsplätze dürften im Verarbeitenden Gewerbe somit nicht entstehen.

Im Handel bleibt die Mehrheit der befragten Händler (67,9 Prozent) bei der Anzahl der Beschäftigten konstant; Aufstockungen sind lediglich bei 3,8 Prozent der Unternehmen vorgesehen. Häufiger als in anderen Wirtschaftsbereichen planen Dienstleistungsunternehmen eine Personalaufstockung (13,3 Prozent der Befragten). Allerdings sind auch die Dienstleister zurückhaltender geworden, nachdem im Vorjahr noch 16,0 Prozent der Befragten neues Personal einstellen wollten. Entlassungen sind hier bei 16,4 Prozent der Befragten zu erwarten.

2.5 Investitionen

Die Investitionsbereitschaft der kleinen und mittleren Unternehmen erreichte angesichts der schlechten Konjunkturaussichten einen historischen Tiefstand. Der Anteil der investierenden Unternehmen liegt nur noch bei 31,4 Prozent – vor einem Jahr planten noch 42,8 Prozent der Befragten, ein Investitionsvorhaben durchzuführen. Die ungünstigen Rahmenbedingungen für Zukunftsinvestitionen dürften eine konjunkturelle Erholung weiter hinauszögern und die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands gefährden.

In allen Wirtschaftsbereichen verschieben die Unternehmen ihre Investitionen oder streichen Vorhaben ganz. Im Verarbeitenden Gewerbe planen aktuell nur noch 35,9 Prozent der Befragten zu investieren – im Vorjahr war es noch gut jeder Zweite (52,1 Prozent). Auch im Baugewerbe ist die Investitionsbereitschaft deutlich zurückgegangen: Der Anteil der investitionsbereiten Unternehmen liegt nur noch bei 24,0 Prozent (Vorjahr: 36,7 Prozent).



Ähnlich schwach ist die Investitionsbereitschaft im Handel. Gerade einmal jeder vierte Händler (25,2 Prozent) plant ein Investitionsvorhaben, nachdem es im Vorjahr noch mehr als jeder dritte (36,8 Prozent) war. Im Dienstleistungsgewerbe wollen diesmal 38,3 Prozent der Befragten Geld für Investitionen ausgeben (Vorjahr: 45,3 Prozent).

Tab. 12: Investitionsbereitschaft

■	investitionsbereite Unternehmen
Verarb. Gewerbe	35,9 (52,1)
Baugewerbe	24,0 (36,7)
Handel	25,2 (36,8)
Dienstleistungen	38,3 (45,3)
Gesamt	31,4 (42,8)

Angaben in % der Befragten, () = Vorjahresangaben

Wenn überhaupt investiert wird, dann in Ersatzinvestitionen. Bei 70,6 Prozent der Investitionswilligen stehen diese auf der Tagesordnung. Die höchsten Anteile finden sich im Dienstleistungssektor und im Verarbeitenden Gewerbe. Erweiterungsinvestitionen spielen unter den aktuellen Bedingungen eine untergeordnete Rolle: 41,9 Prozent der Investierenden planen solche Investitionen (Vorjahr: 46,9 Prozent). Den höchsten Anteil an Erweiterungsinvestitionen weist

das Verarbeitende Gewerbe auf und wird gefolgt vom Baugewerbe.

Tab. 13: Investitionsarten

■	Erweiterung	Rationalisierung	Ersatz
Verarb. Gewerbe	45,9 (50,0)	48,6 (54,0)	73,0 (58,0)
Baugewerbe	44,4 (17,9)	27,8 (28,6)	66,7 (85,7)
Handel	37,5 (57,1)	34,4 (38,8)	53,1 (44,9)
Dienstleistungen	40,8 (49,2)	34,7 (35,4)	81,6 (67,7)
Gesamt	41,9 (46,9)	37,5 (40,1)	70,6 (62,0)

Angaben in % der Befragten, Mehrfachnennungen möglich
() = Vorjahresangaben

Die Gründe, warum die Unternehmen derzeit keine Investitionen tätigen, liegen überwiegend in den unsicheren Konjunkturaussichten (43,0 Prozent). Häufig besteht jedoch auch keine Notwendigkeit zu investieren (35,4 Prozent). Zudem wird die Investitionsbereitschaft durch Finanzierungsprobleme wie Liquiditätsengpässe (14,4 Prozent) und strenge Kreditkonditionen (3,4 Prozent) gebremst.

Tab. 14: Gründe für ein Scheitern bzw. eine Zurückstellung des Investitionsvorhabens

■	
unsichere Aussichten	43,0
keine Notwendigkeit	35,4
fehlende Liquidität	14,4
strenge Kreditkonditionen	3,4
anhaltende Inflation	1,5
steigende Zinsen	1,5
Sonstiges	0,8

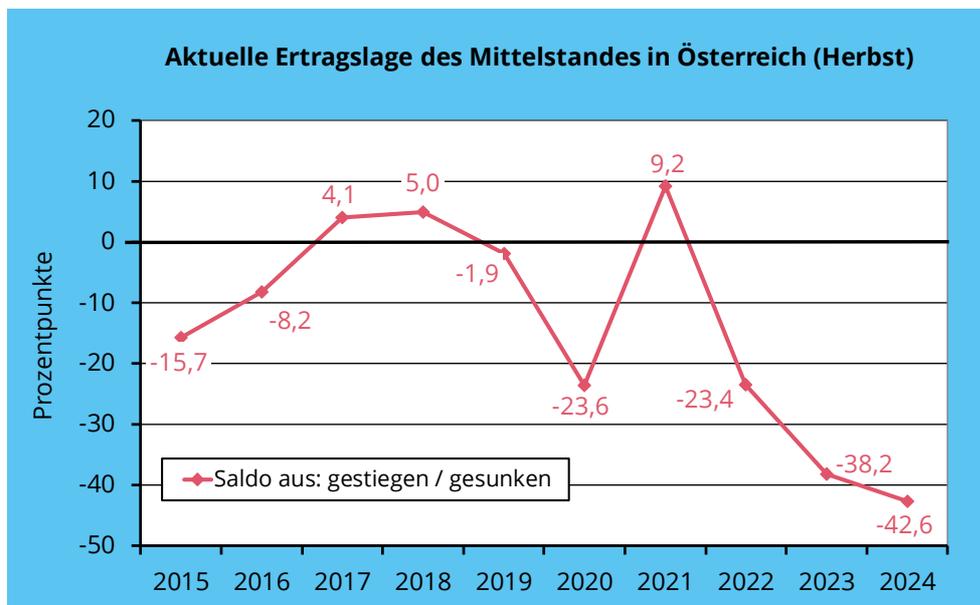
Angaben in % der Befragten, keine Investitionsbereitschaft = 100

■ 3 Die Finanzierung des Mittelstandes

3.1 Erträge

Die Ertragslage im Mittelstand hat sich weiter verschärft. Fehlende Aufträge und rückläufige Umsätze auf der einen Seite sowie anhaltend hohe Kosten auf der anderen Seite setzen den kleinen und mittleren Unternehmen zu. Entsprechend meldeten nur wenige Unternehmen (10,5 Prozent der Befragten) ein Plus bei den Erträgen. Mehr als die Hälfte der Befragten (53,1 Prozent) musste hingegen Ertragseinbußen hinnehmen, wodurch dieser Anteil erneut deutlich überwiegt. Der Saldo aus gestiegenen und gesunkenen Erträgen sank von minus 38,2 (Vorjahr) auf minus 42,6 Prozentpunkte.

*Gewinne haben
Seltenheitswert*



Tab. 15: Ertragslage

■	gestiegen	gleich- geblieben	gesunken
Verarb. Gewerbe	4,9 (12,5)	33,0 (41,7)	57,3 (43,8)
Baugewerbe	6,7 (5,1)	25,3 (35,4)	58,7 (54,4)
Handel	9,2 (9,8)	26,7 (27,8)	60,3 (57,9)
Dienstleistungen	18,8 (14,7)	32,8 (37,3)	39,1 (42,7)
Gesamt	10,5 (11,1)	29,7 (35,2)	53,1 (49,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

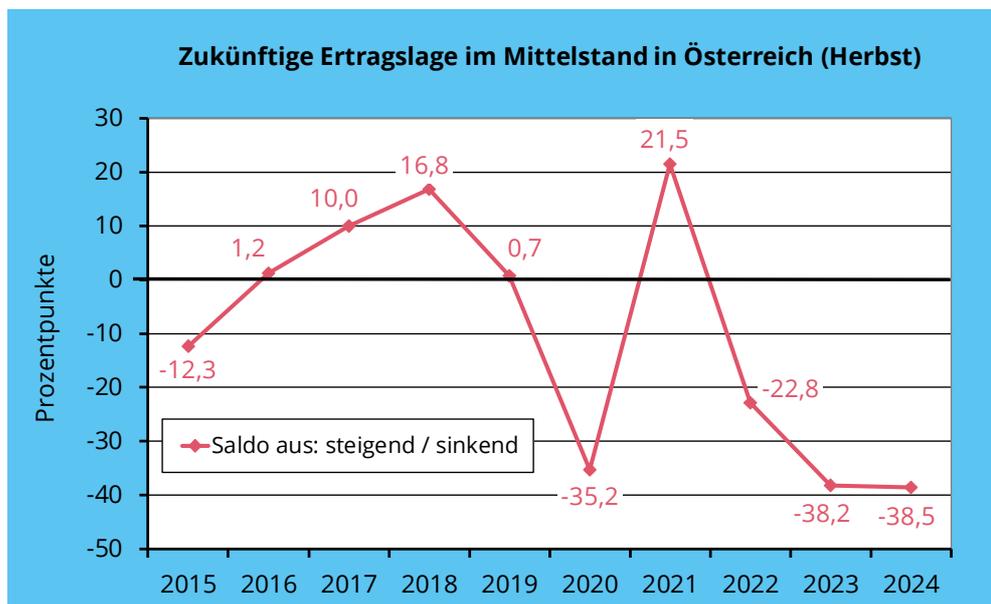
Eine massive Verschlechterung der Ertragslage meldete erneut der Handel. 60,3 Prozent der

Befragten berichteten hier von gesunkenen Erträgen. Auch im Bau und im Verarbeitenden Gewerbe wird die Ertragssituation aktuell als sehr schlecht beschrieben: 58,7 bzw. 57,3 Prozent der Unternehmen verzeichneten in den vergangenen Monaten Einbußen.

Lediglich im Dienstleistungsgewerbe verringerte sich der Anteil der Betriebe, die rückläufige Erträge hinnehmen mussten, leicht von 42,7 auf 39,1 Prozent. Gleichzeitig verzeichnete eine wachsende Zahl von Dienstleistern (18,8 Prozent) eine verbesserte Ertragslage. In den übrigen Wirtschaftsbereichen wurden hingegen nur sehr selten Ertragssteigerungen gemeldet – im Verarbeitenden Gewerbe beispielsweise nur von 4,9 Prozent der Befragten.

Auch die weitere Ertragsentwicklung beurteilten die mittelständischen Unternehmen pessimistisch. 51,3 Prozent der Befragten erwarten im nächsten Halbjahr sinkende Erträge, was in etwa dem Vorjahreswert von 53,3 Prozent entspricht. Nur 12,8 Prozent der Befragten, also jeder Achte, rechnen mit steigenden Gewinnen. Damit verringerte sich der Anteil der Optimisten weiter (Vorjahr: 15,1 Prozent). Der Saldo der Ertragserwartungen bleibt mit minus 38,5 Punkten tief im negativen Bereich.

Ertragslage bleibt schlecht



Tab. 16: Voraussichtliche Erträge

■	steigend	gleich- bleibend	sinkend
Verarb. Gewerbe	9,7 (19,8)	27,2 (33,3)	55,3 (46,9)
Baugewerbe	4,0 (10,1)	29,3 (34,2)	57,3 (51,9)
Handel	14,5 (10,5)	28,2 (23,3)	52,7 (62,4)
Dienstleistungen	18,8 (18,7)	32,0 (28,7)	43,0 (50,0)
Gesamt	12,8 (15,1)	29,3 (29,0)	51,3 (53,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Alle Wirtschaftszweige beurteilten ihre Ertragsperspektiven überwiegend negativ. Besonders hoch ist der Anteil der pessimistisch gestimmten Unternehmen im Baugewerbe mit 57,3 Prozent, gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe mit 55,3 Prozent. In beiden Bereichen hat sich dieser Anteil im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Etwas abgeschwächt hat sich der Pessimismus im Handel: 52,7 Prozent der Befragten rechnen weiterhin mit sinkenden Erträgen – im Vorjahr waren es noch 62,4 Prozent. Auch im Dienstleistungsgewerbe ist dieser Anteil zurückgegangen. Steigende Erträge dürften im Mittelstand dennoch auch in den kommenden Monaten selten sein. Nur 4,0 Prozent der Baufirmen und 9,7 Prozent der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe rechnen mit einem Gewinnplus. Im Dienstleistungsgewerbe blieb der Anteil der Optimisten mit 18,8 Prozent weitgehend unverändert, während er im Handel von 10,5 auf 14,5 Prozent leicht anstieg.

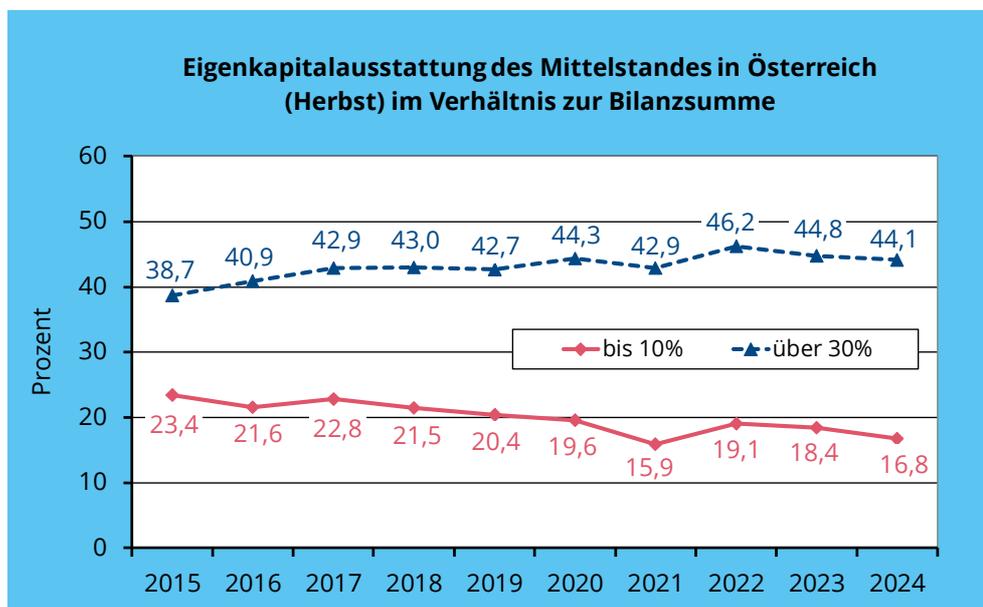
3.2 Eigenkapitalsituation

Der Anteil der Unternehmen mit einer hohen Eigenkapitalquote hat sich leicht verringert und beträgt nun 44,1 Prozent (Vorjahr: 44,8 Prozent). Auch der Anteil der eigenkapitalschwachen Unternehmen, deren Eigenkapitalquote unter 10 Prozent liegt, ist gesunken. Aktuell weist noch rund ein Sechstel der Befragten (16,8 Prozent) eine so niedrige Eigenkapitalquote auf – im Vorjahr waren es noch 18,4 Prozent.

Der Anteil eigenkapitalschwacher Unternehmen ist im Baugewerbe am höchsten (20,6 Prozent), gefolgt

Eigenkapitalschwäche bislang kein Thema

vom Handel (19,2 Prozent). Während dieser Anteil im Handel gestiegen ist, ist er im Baugewerbe gesunken. Am niedrigsten ist der Anteil eigenkapitalschwacher Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, wo nur 9,2 Prozent betroffen sind. Gleichzeitig zeigt jedoch eine beträchtliche Anzahl von Unternehmen in dieser Branche eine solide Eigenkapitalquote von über 30 Prozent (51,0 Prozent). Dieser Anteil hat im Vergleich zum Vorjahr abgenommen, was vermutlich auf die schwierige Wirtschaftslage in der Branche zurückzuführen ist.



Im Baugewerbe hingegen verzeichneten mehr Unternehmen als im Vorjahr eine hohe Eigenkapitalquote. 38,2 Prozent der Befragten meldeten eine Eigenkapitalquote von über 30 Prozent, während es im Vorjahr noch 31,1 Prozent waren. Auch im Dienstleistungssektor ist der Anteil der Unternehmen mit hoher Eigenkapitalquote gestiegen: Aktuell liegt er bei 42,4 Prozent (Vorjahr: 40,7 Prozent).

Tab. 17: Höhe des Eigenkapitals

■	bis 10%	bis 20%	bis 30%	über 30%
Verarb. Gew.	9,2 (11,6)	19,4 (12,6)	20,4 (17,9)	51,0 (57,9)
Baugewerbe	20,6 (25,7)	29,4 (23,0)	11,8 (20,3)	38,2 (31,1)
Handel	19,2 (15,9)	22,5 (15,1)	15,0 (21,4)	43,3 (47,6)
Dienstleist.	18,6 (21,4)	22,9 (19,3)	16,1 (18,6)	42,4 (40,7)
Gesamt	16,8 (18,4)	23,0 (17,3)	16,1 (19,5)	44,1 (44,8)

Angaben in % der Befragten, () = Vorjahresangaben

3.3 Insolvenzen im Mittelstand

In den ersten neun Monaten des Jahres 2024 wurden insgesamt 4.931 Unternehmensinsolvenzen registriert, was einem Anstieg von 22,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (4.016 Insolvenzen) entspricht. Damit setzt sich die Negativentwicklung ungebremst fort. Viele Unternehmen stehen unter starkem Kostendruck und sehen sich einer rückläufigen Nachfrage gegenüber.

**Fast 5.000
Unternehmenspleiten**

Tab. 18: Insolvenzen nach Branchen 1. bis 3. Quartal 2024

■	Insolvenzen (absolut)	Veränderung (in Prozent)
Sachgütererzeugung	203 (143)	+ 42,0
Bauwesen	836 (634)	+ 31,9
Handel	889 (746)	+ 19,2
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	646 (512)	+ 26,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	549 (420)	+ 30,7
Kredit- und Versicherungswesen	128 (85)	+ 50,6
unternehmensbezogene Dienstleistungen	779 (643)	+ 21,2
Sonstige	901 (833)	+ 8,2
Gesamt	4.931 (4.016)	+ 22,8

() = 1.-3. Quartal 2023

Besonders stark stiegen die Insolvenzen im Kredit- und Versicherungsgewerbe mit einem Zuwachs von 50,6 Prozent. Auch in der Sachgütererzeugung (plus 42,0 Prozent) und im Bauwesen (plus 31,9 Prozent)

waren deutliche Zunahmen zu verzeichnen. In keinem Wirtschaftsbereich kam es zu einem Rückgang der Insolvenzen.

**Tab. 19: Unternehmensinsolvenzen nach Bundesländern
1. bis 3. Quartal 2024**

■	Insolvenzen (absolut)	Veränderung (in Prozent)
Wien	1.796 (1.416)	+ 26,8
Niederösterreich	871 (795)	+ 9,6
Burgenland	214 (134)	+ 59,7
Steiermark	557 (478)	+ 16,5
Kärnten	267 (231)	+ 15,6
Oberösterreich	520 (410)	+ 26,8
Salzburg	287 (219)	+ 31,1
Tirol	288 (248)	+ 16,1
Vorarlberg	131 (85)	+ 54,1

() = 1.-3. Quartal 2023

Auch regional war ein deutlicher Anstieg zu beobachten. In allen Bundesländern wurden die Vorjahreswerte klar überschritten. Besonders stark war der Anstieg im Burgenland (plus 59,7 Prozent) und in Vorarlberg (plus 54,1 Prozent). Ein vergleichsweise moderater Anstieg von 9,6 Prozent wurde in Niederösterreich verzeichnet. Unterdurchschnittliche Zuwächse gab es in Kärnten, Tirol und der Steiermark.

**Tab. 20: Insolvenzbetreffenheit des Mittelstandes als
Gläubiger**

■	von keiner	von einer	von zwei	von drei	von mehr als drei
	53,5 (58,7)	20,3 (19,1)	12,0 (10,4)	6,3 (4,9)	8,0 (6,9)

Angaben in % der Befragten, () Vorjahresangaben

Die steigende Zahl von Insolvenzen stellt auch für den Mittelstand als Gläubiger eine zunehmende Herausforderung dar. In den letzten zwölf Monaten waren immer mehr Unternehmen von Insolvenzen betroffen, etwa durch den Ausfall von Zulieferern oder Kunden. Nur noch 53,5 Prozent der Befragten gaben an, nicht von Insolvenzen betroffen gewesen zu sein

(Vorjahr: 58,7 Prozent). Besonders auffällig ist der Anstieg bei Unternehmen, die mehrere Insolvenzfälle verkräften mussten: 12,0 Prozent berichteten von zwei Insolvenzen in ihrem Umfeld, 6,3 Prozent waren von drei Insolvenzen betroffen und 8,0 Prozent der Befragten hatten sogar mehr als drei Insolvenzfälle zu bewältigen.

3.4 Zahlungsweise der Kunden

Infolge der verschlechterten Wirtschaftslage und der steigenden Zahl an Insolvenzen haben auch die Zahlungsverzögerungen weiter zugenommen. Der Anteil der Befragten, die innerhalb von 30 Tagen nach erbrachter Leistung ihr Geld erhielten, sank von 76,1 auf 73,7 Prozent. 16,6 Prozent der Befragten – und damit jeder Sechste – berichteten von Forderungslaufzeiten von bis zu 60 Tagen (Vorjahr: 15,2 Prozent). Ebenfalls gestiegen ist der Anteil der Unternehmen, die bis zu drei Monate oder länger auf ihre Zahlungen warten müssen.

Tab. 21: Zahlungseingang aller Kunden

■	bis 30 Tage	bis 60 Tage	bis 90 Tage	über 90 Tage
Verarb. Gew.	66,5 (70,3)	22,4 (20,1)	10,0 (6,3)	1,2 (3,1)
Baugewerbe	71,0 (75,9)	18,1 (13,5)	5,1 (7,1)	5,8 (3,5)
Handel	80,0 (76,0)	12,6 (16,0)	5,3 (6,2)	1,9 (1,8)
Dienstleist.	75,1 (79,7)	14,8 (12,5)	5,7 (5,4)	4,3 (2,3)
Gesamt	73,7 (76,1)	16,6 (15,2)	6,5 (6,1)	3,2 (2,6)

Angaben in % der Befragten, () Vorjahresangaben

Zahlungsfristen von bis zu 30 Tagen sind im Mittelstand zwar weiterhin gängig, doch in vielen Wirtschaftsbereichen verschlechterte sich das Zahlungsverhalten zuletzt spürbar. Nur noch 66,5 Prozent der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe und 71,0 Prozent der Bauunternehmen meldeten den Geldzugang innerhalb eines Monats nach Rechnungsstellung. Gleichzeitig müssen immer mehr Unternehmen lange auf ihr Geld warten. Zahlungseingänge zwischen 30 und 60 Tagen sind keine Seltenheit mehr, was die Gefahr von Forderungsausfällen und

Zahlungsmoral verschlechtert

Liquiditätsengpässen erhöht. So verzeichneten im Verarbeitenden Gewerbe 22,4 Prozent der Befragten verzögerte Zahlungseingänge nach bis zu 60 Tagen (Vorjahr: 20,1 Prozent). Stabiler zeigte sich das Zahlungsverhalten im Handel.

Tab. 22: Höhe der durchschnittlichen Forderungsverluste im Verhältnis zum Umsatz

■	keine Forderungsverluste	bis 0,1%	bis 0,5%	bis 1,0%	über 1,0%
Verarb. Gew.	31,1 (27,1)	21,4 (31,3)	11,7 (18,8)	15,5 (7,3)	8,7 (8,3)
Baugewerbe	20,0 (13,9)	44,0 (32,9)	8,0 (17,7)	12,0 (20,3)	8,0 (6,3)
Handel	15,3 (21,8)	30,5 (36,1)	21,4 (14,3)	11,5 (10,5)	8,4 (4,5)
Dienstleist.	27,3 (26,0)	23,4 (28,0)	14,1 (13,3)	14,1 (15,3)	9,4 (9,3)
Gesamt	23,3 (22,9)	28,6 (31,9)	14,6 (15,5)	13,3 (13,1)	8,7 (7,2)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Mehrheit der Unternehmen beklagt Zahlungsausfälle

Die Gefahr, dass Forderungen mit langen Laufzeiten ausfallen, ist real. Ein zunehmender Anteil der Mittelständler verzeichnete in den letzten Monaten hohe Zahlungsausfälle von über 1,0 Prozent des Umsatzes. 8,7 Prozent der Befragten waren davon betroffen (Vorjahr: 7,2 Prozent). Ohne Zahlungsausfälle blieben nur 23,3 Prozent der Unternehmen.

Am stärksten betroffen war das Dienstleistungsgewerbe, wo 9,4 Prozent der Befragten hohe Zahlungsausfälle meldeten – ein Wert, der im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert blieb. Deutlich gestiegen sind die hohen Zahlungsausfälle hingegen im Handel (von 4,5 auf 8,4 Prozent) und im Baugewerbe (von 6,3 auf 8,0 Prozent). Besonders im Handel hat sich die Lage verschärft: Nur noch 15,3 Prozent der Unternehmen blieben hier von Zahlungsausfällen ganz verschont.

■ 4 Sonderthema: Aktuelle Wirtschaftspolitik

Gerade in konjunkturell schwierigen Zeiten ist die Wirtschaftspolitik besonders gefordert, geeignete Rahmenbedingungen für Unternehmen zu schaffen und Belastungen zu reduzieren. Die Bundesregierung wird den Anforderungen und Bedürfnissen kleiner und mittlerer Unternehmen jedoch offenbar nur teilweise gerecht. Entsprechend wächst die Kritik aus der Wirtschaft. Eine Mehrheit der befragten Unternehmen (54,2 Prozent) bewertet die derzeitige Wirtschaftspolitik der Regierung negativ. Besonders in den von der Krise stark betroffenen Branchen, wie dem Verarbeitenden Gewerbe, fällt das Urteil schlecht aus: Fast zwei Drittel dieser Unternehmen (63,1 Prozent) äußerten sich negativ.

Unzufrieden mit der Wirtschaftspolitik

Tab. 23: Beurteilung der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung im letzten halben Jahr

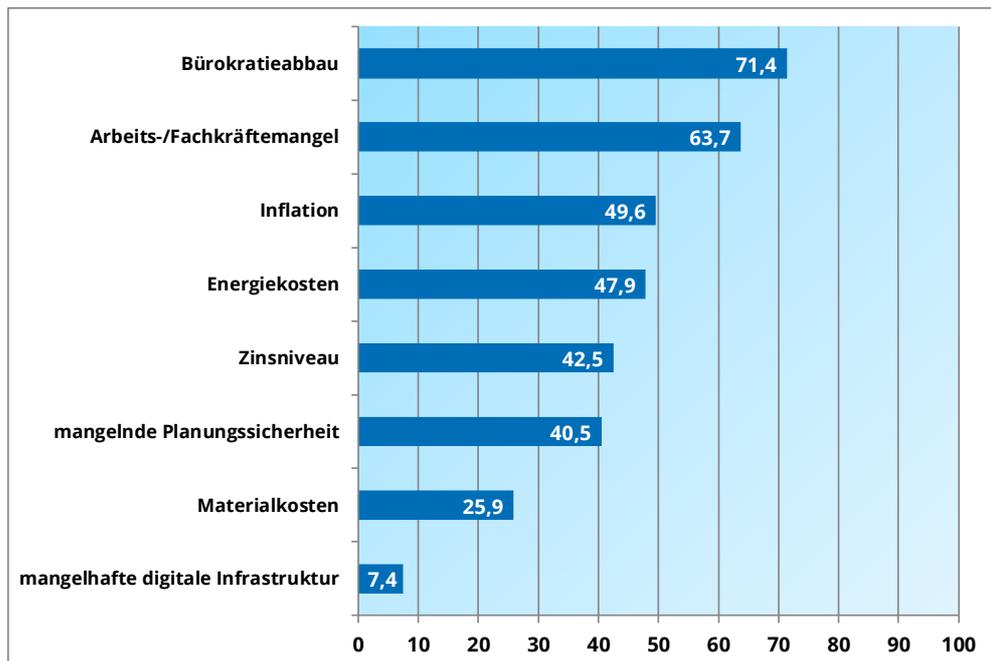
■	positiv	neutral	negativ
Verarb. Gewerbe	3,9	26,2	63,1
Baugewerbe	2,7	34,7	53,3
Handel	6,9	34,4	52,7
Dienstleistungen	7,0	36,7	49,2
Gesamt	5,5	33,2	54,2

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Aus Sicht des Mittelstands sind der Bürokratieabbau (71,4 Prozent) und der Fachkräftemangel (63,7 Prozent) die drängendsten Themen. Die Unternehmen fühlen sich offenbar durch kontinuierliche Regulierungen und zusätzliche bürokratische Hürden belastet. Auch die Inflation (49,6 Prozent) und die Energiekosten (47,9 Prozent) bleiben für die Unternehmen von großer Bedeutung. Trotz einer rückläufigen Inflation – in Österreich sank die Inflationsrate im August von 2,9 auf 2,3 Prozent – befürchtet der Mittelstand steigende Kosten, etwa bei Vorprodukten und Personal. In diesen Bereichen sieht der Mittelstand die Wirtschaftspolitik ebenfalls in der Verantwortung.

Bürokratieabbau bleibt wichtigste Forderung

Wichtigste wirtschaftspolitische Themen



Angaben in % der Befragten (Mehrfachnennungen möglich)

Fragen der Unternehmensfinanzierung, wie etwa die gestiegenen Zinsen, sind für 42,5 Prozent der Befragten ein aktuelles Thema. Vier von zehn Unternehmen (40,5 Prozent) sehen zudem die mangelnde Planungssicherheit als Hemmnis und fordern hier ebenfalls Maßnahmen von der Wirtschaftspolitik. Besonders in Zeiten wirtschaftlicher Schwäche stehen Unternehmen vor einem unsicheren Planungshorizont, was sich unter anderem in sehr niedrigen Investitionsquoten spiegelt.

■ 5 Zusammenfassung

Die Wirtschaftslage der mittelständischen Unternehmen ist im Herbst 2024 weiterhin schwach, wie die Umfragedaten der Creditreform Wirtschaftsforschung zeigen. Das Klimabarometer von Creditreform ist auf minus 9,9 Punkte gefallen, was eine Verschlechterung im Vergleich zum Vorjahr darstellt. Alle vier Hauptwirtschaftsbereiche bleiben im negativen Bereich. Das verdeutlicht das Ausmaß der aktuellen wirtschaftlichen Krise. Besonders betroffen sind das Verarbeitende Gewerbe mit minus 15,3 Punkten

(Vorjahr: minus 1,2 Punkte) sowie der Handel mit ebenfalls minus 15,3 Punkten (Vorjahr: minus 8,6 Punkte). Die Baukonjunktur entwickelte sich schwach, lediglich im Dienstleistungssektor gibt es eine leichte Erholung.

Auch die Geschäftserwartungen der Mittelständler sind pessimistisch, der Erwartungsindex fiel auf minus 11,3 Punkte. Eine rasche und deutliche konjunkturelle Verbesserung ist daher nicht in Sicht.

Die Auftragseingänge entwickelten sich der schwachen Konjunktur entsprechend. Fast die Hälfte der befragten Unternehmen (49,2 Prozent) berichtete von Rückgängen. Nur 11,0 Prozent konnten ein Auftragsplus verzeichnen, was einen negativen Saldo von minus 38,2 Punkten ergibt. Diese Situation hat sich im Vergleich zum Vorjahr (minus 36,9 Punkte) somit verschlechtert. Im Handel meldeten 54,2 Prozent der Unternehmen Auftragsrückgänge, während nur 7,6 Prozent ein Plus verzeichneten. Auch im Baugewerbe überwogen die Rückgänge mit 50,7 Prozent der Befragten. Im Verarbeitenden Gewerbe stieg der Anteil der Unternehmen mit Auftragsrückgängen von 43,8 auf 51,5 Prozent.

Die künftige Auftragslage wird wieder optimistischer eingeschätzt, dennoch bleibt der Saldo der Auftragserwartungen mit minus 27,7 Punkten negativ. Insbesondere im Baugewerbe gibt es wenig Hoffnung auf Besserung.

Erstmals seit vier Jahren sind die Angebotspreise im Mittelstand weitgehend stabil geblieben. Während 22,4 Prozent der Unternehmen Preiserhöhungen vornahmen, senkten 22,2 Prozent ihre Preise. Im Dienstleistungssektor und im Handel wurden allerdings häufiger Preiserhöhungen festgestellt, während dies im Bau und im Verarbeitenden Gewerbe seltener vorkam. Für die kommenden Monate erwarten die Unternehmen keine drastischen Preisänderungen, da die Inflation nachlässt.

Die Umsatzentwicklung im Mittelstand zeigt deutliche Anzeichen einer Konjunkturflaute. 43,2 Prozent der Unternehmen verzeichneten Umsatzrückgänge. Im Vergleich zum Vorjahr, als 38,9 Prozent Rückgänge meldeten, bleibt der Trend alarmierend. Nur 16,7 Prozent der Befragten konnten Umsatzgewinne erzielen (Vorjahr: 20,5 Prozent). Der Saldo aus gestiegenen und gesunkenen Umsätzen ist mit minus 26,5 Punkten auf dem niedrigsten Stand seit 25 Jahren.

Besonders stark waren die Umsatzrückgänge im Handel (48,9 Prozent) und im Verarbeitenden Gewerbe (45,6 Prozent). Im Dienstleistungssektor hingegen hat sich die Lage etwas stabilisiert, denn gut jedes vierte Unternehmen meldete hier steigende Umsätze. Die Prognosen für die nächsten Monate sind jedoch weiter pessimistisch, da nur 14,6 Prozent ein Umsatzplus erwarten, während 36,4 Prozent mit Rückgängen rechnen. Insbesondere die Bauwirtschaft ist pessimistisch.

Der Personalabbau im Mittelstand hat sich in den letzten Monaten verstärkt. 28,6 Prozent der Unternehmen haben die Belegschaft reduziert, während nur 11,9 Prozent neue Mitarbeiter einstellten. Der Saldo aus Beschäftigungsänderungen liegt bei minus 16,7 Punkten. Besonders stark ist der Rückgang in den Sektoren Bau und Verarbeitendes Gewerbe, wo jeweils etwa ein Drittel der Unternehmen Personal abgebaut hat. Die Personalerwartungen bleiben sehr zurückhaltend. Nur 8,7 Prozent planen im nächsten halben Jahr eine Aufstockung und 24,5 Prozent rechnen zukünftig mit einem Stellenabbau.

Die Investitionsbereitschaft ist auf einem historischen Tiefstand: Nur 31,4 Prozent der Unternehmen planen Investitionen, was einen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr darstellt. Vor allem unsichere Konjunkturaussichten und fehlende Investitionsnotwendigkeit bremsen die Unternehmen, so dass Erweiterungsinvestitionen unter den gegebenen Bedingungen kaum in Betracht gezogen werden.

Die Ertragslage im Mittelstand hat sich – bedingt durch fehlende Aufträge, rückläufige Umsätze und hohe Kosten – erheblich verschlechtert. Nur 10,5 Prozent der Unternehmen berichteten von steigenden Erträgen, während 53,1 Prozent Ertragseinbußen hinnehmen mussten. Der Saldo aus positiven und negativen Erträgen sank von minus 38,2 Punkten im Vorjahr auf minus 42,6 Punkte. Besonders betroffen ist der Handel, wo 60,3 Prozent der Befragten von sinkenden Erträgen berichteten. Die pessimistischen Erwartungen bezüglich der Ertragsentwicklung sind ebenfalls ausgeprägt: In den nächsten Monaten dürften steigende Erträge im Mittelstand selten sein. Im Gegenteil: 51,3 Prozent rechnen mit weiteren Rückgängen. Lediglich 12,8 Prozent sind optimistisch und erwarten steigende Gewinne.

Der Anteil der Unternehmen mit hoher Eigenkapitalquote hat sich leicht auf 44,1 Prozent verringert, während der Anteil eigenkapitalschwacher Unternehmen auf 16,8 Prozent ebenfalls gesunken ist. Die höchsten Werte eigenkapitalschwacher Firmen finden sich im Baugewerbe (20,6 Prozent) und im Handel (19,2 Prozent).

Infolge der verschlechterten Wirtschaftslage und steigender Insolvenzen haben sich auch die Zahlungsverzögerungen erhöht. Der Anteil der Unternehmen, die innerhalb von 30 Tagen nach Leistungseingang bezahlt wurden, sank von 76,1 auf 73,7 Prozent. Gleichzeitig berichteten 16,6 Prozent der Befragten von Forderungslaufzeiten von bis zu 60 Tagen. Besonders betroffen sind das Verarbeitende Gewerbe und die Bauwirtschaft, wo nur noch 66,5 bzw. 71,0 Prozent der Unternehmen ihre Zahlungen innerhalb eines Monats erhalten. Forderungsausfälle von über 1,0 Prozent des Umsatzes nahmen zu – 8,7 Prozent der Unternehmen waren davon betroffen. Im Handel und Baugewerbe sind die Zahlungsausfälle gestiegen, was die Liquidität der Unternehmen gefährdet.

In den ersten neun Monaten des Jahres 2024 stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 22,8 Prozent

auf 4.931. Besonders betroffen waren das Kredit- und Versicherungsgewerbe, die Sachgütererzeugung und das Bauwesen. Kein Wirtschaftssektor verzeichnete einen Rückgang.

In den aktuell wirtschaftlich schwierigen Zeiten wird die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung von vielen Unternehmen als unzureichend empfunden. 54,2 Prozent der Befragten bewerteten die aktuelle Politik negativ – besonders im stark betroffenen Verarbeitenden Gewerbe (63,1 Prozent). Wichtige Themen der Wirtschaftspolitik sind aus Sicht des Mittelstands der Bürokratieabbau (71,4 Prozent) sowie der Fachkräftemangel (63,7 Prozent). Die Unternehmen sehen sich durch bürokratische Hürden belastet und befürchten steigende Kosten trotz eines Rückgangs der Inflation. Auch gestiegene Zinsen (42,5 Prozent) und mangelnde Planungssicherheit (40,5 Prozent) stellen Herausforderungen dar, die politische Maßnahmen erfordern.

■ 6 Basis der Untersuchung

Unter kleinen und mittleren Betrieben sind Unternehmen in einer Größenklasse mit bis zu 500 Beschäftigten zu verstehen. Dabei liegen die durchschnittlichen Mitarbeiterzahlen im industriellen Bereich höher als bei Dienstleistern und Handel. Entscheidend für die Definition eines Betriebes als mittelständisch ist jedoch die Personalunion von Geschäftsführer und Inhaber.

Im Sinne der vorgenannten Begriffsbestimmung wurden Unternehmen in Österreichs Mittelstand befragt. Die Stichprobenergebnisse wurden gemäß Wirtschaftsstruktur der OECD hochgerechnet. Die Rücksendefrist der Fragebögen endete im Oktober 2023. Die weiteren Strukturmerkmale der befragten Betriebe ergeben sich aus den folgenden Aufschlüsselungen.

Folgende Branchen haben sich an der Umfrage beteiligt:

Verarbeitendes Gewerbe

- Chemische Industrie (einschl. Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung)
- Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe
- Eisen- und NE-Metallerzeugung/-verarbeitung, Gießerei und Stahlverformung sowie Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau
- Elektrotechnik, Feinmechanik/Optik, Herstellung von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren
- Holz-, Papier- und Druckgewerbe
- Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe
- Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

Baugewerbe

- Bauhauptgewerbe
- Ausbau- und Bauhilfsgewerbe

Großhandel

- Investitionsgüter
- Konsumgüter

Einzelhandel

- Gebrauchsgüter
- Verbrauchsgüter

Dienstleistungen

- Spedition, Lagerei
- Gebäudereinigung
- Abfall- und Abwasserbeseitigung
- Technische Beratung und Planung
- Datenverarbeitung
- Beherbergungsgewerbe
- Gaststättengewerbe
- Finanzdienstleister
- sonstige Unternehmen und freie Berufe

Tab. 24: Rechtsformen der befragten Unternehmen

■	Einzelkaufmann	9,2
	OG	0,5
	KG	2,1
	GmbH	76,0
	GmbH & Co. KG	10,1
	AG	0,7
	Sonstige	1,6

Angaben in % der Befragten

Tab. 25: Anzahl der Beschäftigten

■	1 – 5	7,1
	6 – 10	16,2
	11 – 20	22,7
	21 – 50	29,3
	51 – 100	12,4
	101 – 250	6,9
	251 – 500	3,7

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Tab. 26: Sitz des Unternehmens

■	Wien	11,7
	Niederösterreich	18,8
	Burgenland	3,9
	Oberösterreich	20,4
	Steiermark	14,2
	Kärnten	5,3
	Salzburg	9,4
	Tirol	11,0
	Vorarlberg	5,5

Angaben in % der Befragten

Durchgeführt von:

Creditreform Wirtschaftsauskunftei
Kubicki KG
Muthgasse 36-40 / Bauteil 4
A – 1190 Wien
E-Mail: g.weinhofer@wien.creditreform.at

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung
Hammfelddamm 13, D – 41460 Neuss
Leitung: Patrik-Ludwig Hantzsch
Telefon: 0049 / 2131 109-172
E-Mail: p.hantzsch@verband.creditreform.de

Alle Rechte vorbehalten

© 2024, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hammfelddamm 13, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e. V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Wien, 04. November 2024

